

Hier ist DIE LINKE. in Hamburg

Zeitung zum 1. Mai 2007

(JB/BR) Zwar ist die Bürger-schaftswahl erst in 10 Monaten, aber die Akteure haben bereits ihre Positionen eingenommen.

Trotz eines Wirtschaftswachstums von 2,9 Prozent (im Jahr 2006) und einem Haushaltsüberschuss kann die CDU die WählerInnen nicht länger von ihrer Strategie der „wachsenden Stadt“ überzeugen. Sie steht vor einem politischen Scherbenhaufen, denn eine erneute absolute Mehrheit der Parlamentsmandate scheint dahin. Mit dem konjunkturellen Rückenwind wollte die CDU viele Leuchtturmprojekte realisieren. Sie sieht Hamburg als Wirtschaftsunternehmen, bei dem es eine gute Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften gilt. Dies bedeutet: Fortsetzung der Privatisierungspolitik; weitere Sparoperationen und Umschichtungen der Ausgaben zugunsten der Bereiche innere Sicherheit und Bildung (vor allem Elitförderung), und erneute Konzentration der öffentlichen Investitionen auf „Großprojekte“.

Der Unmut vieler BürgerInnen rührt aus der wachsenden sozialen Spaltung in der Stadt, die der Senat durch seine praktische Politik fördert. In Hamburg sind gut 15% aller Kinder von Sozialhilfe abhängig – etwa doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. 11% der Jugendlichen verlassen die Schule ohne jeden Abschluss – deutschlandweit sind das „nur“ 8,3%.

Gegen die Politik des CDU-Senats hat sich Widerstand formiert: Obwohl 2004 fast zwei Drittel der HamburgerInnen dagegen waren, wurden die Krankenhäuser verkauft. Erst nach heftigen Protesten der Beschäftigten wurde der Börsengang der HHLA ausgesetzt. Das erfolgreiche Bürgerbegehren zur Rettung des Volksentscheides zeigt, dass die Mischung aus einer unsozialen Politik und Beschränkungen der Kontroll- und Mitwirkungsrechte

bei vielen HamburgerInnen auf Ablehnung stößt.

Mit Michael Naumann als Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl hat sich die SPD stabilisiert. Naumann greift zwar die soziale Spaltung in der Stadt auf, und will zugleich den sozialdemokratischen Anteil an dieser Entwicklung vergessen machen. Die SPD geht teilweise auf Distanz zu den Leuchtturmprojekten des Senats und will alle BürgerInnen an den Früchten einer wachsenden Stadt beteiligen. Die Verantwortung der SPD für den beschleunigten Sozialabbau, die Gesundheitsreform, die Einführung der Rente mit 67, die Einfüh-



Foto: Andreas Grünwald

Die Proteste der Beschäftigten und der Bevölkerung haben verhindert, dass der Senat die HHLA zu 49,9% verkauft. Das zeigt: Widerstand gegen die Politik des CDU-Senats im Allgemeinen und die Privatisierung im Besonderen kann zum Erfolg führen. Der Teilerfolg war wichtig, aber ein grundlegender Politikwechsel ist nötig. Dafür steht DIE LINKE.

rung und Umsetzung der Hartz-Gesetze sowie ihr Widerstand gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn sollen in Hamburg vergessen gemacht werden.

Zu dieser Wahlkampfstrategie gehört auch die Absage an „linkspopulistische Tendenzen“. Naumann will die „Unhaltbarkeit“ von

Wahlversprechen der künftigen neuen Linkspartei angreifen – also die politischen Alternativen zur Agenda 2010 – und in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen um so ihren Einzug in die Bürgerschaft zu verhindern, womit wir beim Kern der Auseinandersetzung sind.

DIE LINKE in Hamburg hat gute Möglichkeiten, diese politischen Manöver zu parieren und mit einer oppositionell eingestellten Fraktion in der Bürgerschaft einen wichtigen Beitrag zur Veränderung der politischen Landschaft zu leisten und für ihre Alternativen entsprechende Unterstützung zu finden.

Wer der reaktionären CDU-Politik und dem sanften Neoliberalismus einer Koalition aus SPD und Grünen dauerhaft einen Riegel vorschieben will, muss für größere Transparenz der Rathaus- und Stadtpolitik eintreten. Noch ist die Tendenz zur Privatisierung und Entdemokratisierung nicht gestoppt.

DIE LINKE kämpft nicht nur bundesweit gegen Krieg und Militäreinsätze und die unsoziale Politik der großen Koalition, sondern hat auch für einen Politikwechsel in Hamburg eine zukunftssichere Konzeption. Auch in Hamburg ist eine andere Zukunft möglich durch:

- Aussetzung der Förderung von Großprojekten;
- Stopp des Verkaufs oder der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen;
- Wiederherstellung der demokratischen Beteiligungsrechte der Bevölkerung und der Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen;
- eine klare Schwerpunktsetzung bei den öffentlichen Finanzen zugunsten des Ausbaus einer gebührenfreien Kinderbetreuung und Vorschulerziehung sowie eines Programms zur Verbesserung der Ausbildungs- und Bildungssituation in der Stadt.

Geplante Unternehmenssteuerreform: Neue Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche!!

(NH) Die Bundesregierung plant mit ihrer Unternehmenssteuerreform, großen Unternehmen, insbesondere Kapitalgesellschaften, in den nächsten fünf Jahren 29 Milliarden Euro Steuern zu schenken. Unabhängige Steuerexperten rechnen sogar mit weit höheren Steuerausfällen.

Damit wird ein großer Teil der Staatseinnahmen, der durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von allen Menschen seit Anfang dieses Jahres bezahlt wird, direkt an die Reichsten dieser Republik weitergereicht!!!

Diese Steuerreform wird – wie auch die vorangegangenen Geschenke an die Unternehmen und Reichsten – zu keinen neuen Investitionen oder Arbeitsplätzen führen. „Es gibt wirklich keinen guten Grund – weder strukturell noch konjunkturell –, Unternehmen jetzt finanziell zu entlasten“ kommentiert die Financial Times Deutschland.

Bezahlt werden diese Steuergeschenke auch in den Kommunen und Ländern. Für den Hamburger Haushalt werden jedes Jahr Steuerausfälle in Höhe von ca. 100 Mill. Euro erwartet. **Alle sozialen und kulturellen Einrichtungen in Hamburg werden dafür in den nächsten Jahren zur Kasse gebeten werden.**

Bevor wir wieder die alte Leier hö-

ren, dass nun mal wieder Einnahmen zur Verfügung stehen und leider, leider, leider alle den Gürtel enger schnallen müssen, verlangen wir vom Senat, aber auch von SPD und Grünen, diese Unternehmenssteuerreform abzulehnen.

Wer die soziale Infrastruktur in dieser Stadt nicht weiter schädigen will, muss weitere Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche ablehnen!!!

Ausbildung für alle

(HB) Handels- und Handwerkskammer lassen sich immer gerne feiern, wenn sie auf einer Lehrstellenbörse Ausbildungsplätze feilbieten. Dass Tausende leer ausgehen, steht nicht in der Presse. Jetzt haben Schulabgänger



den Spieß umgedreht. Hunderte von Schülern haben auf dem Rathausmarkt auf ihren Ausbildungswunsch aufmerksam gemacht. Und sich selbst vorgestellt. Dazu: Wie oft sie sich vergeblich beworben haben. Denn in der Vergangenheit haben Tausende keinen Ausbildungsplatz gefunden: Nur 16% der Hamburger Betriebe bilden noch aus. Von 27.400 Bewerbern bei der Arbeitsagentur haben lediglich 3100 = 11% einen Platz ergattert. Die anderen hat der CDU-Senat in Warteschleifen gesteckt. Mittlerweile landet dort fast die Hälfte aller Schulabgänger. Damit rangiert Hamburg bundesweit ganz hinten. Nur 2/5 der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss bekommen einen Platz im dualen System (Lehre plus Berufsschule).

Ganz schlecht sind Ausländer dran: 4 % der Lehrlinge im dualen System sind MigrantInnenkinder. Handels- und Handwerkskammer blockieren andere Lösungen. Der CDU-Senat erlässt Appelle. Mit den Jugendlichen fordert DIE LINKE:

- Wer nicht ausbildet, soll zahlen: eine Ausbildungsumlage für Hamburg!
- Damit können überbetriebliche Ausbildungsstätten geschaffen werden
- Wer keinen Ausbildungsplatz erhält, soll vom Senat einen in einer Berufsschule erhalten, der zu einem vollwertigen Berufsabschluss führt

Das ist nach dem Berufsbildungsgesetz möglich. Tut der CDU-Senat weiterhin nichts, zeigt er nur, dass ihm die ersten Schritte der Jugendlichen zu einem selbständigen Leben gleichgültig sind.

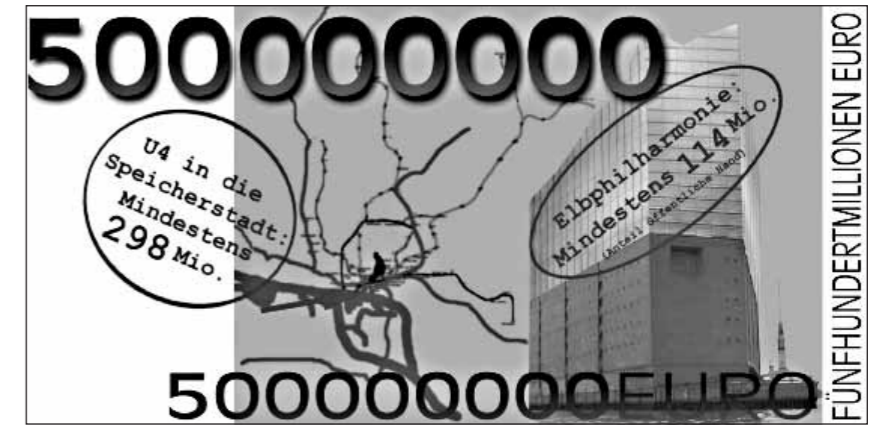
Hamburg mit der CDU „In guten Händen?“

(BR/MG) Die CDU hat sich einen Wahlslogan gegeben: „In guten Händen“. Das sehen Hamburgs Wirtschaftsführer auch so. Nach einer Umfrage im Auftrag der WELT haben zeigen sich von 434 befragten Unternehmensführern mit dem Kurs des CDU-Senats zufrieden. 54 Prozent sprechen dem Senat Lob aus. Zwei Drittel sind mit dem Wirtschaftsstandort Hamburg überwiegend zufrieden.

Die Stadt scheint demnach „in guten Händen“, wenn Hamburgs Innenminister überzeugt ist, dass es keinen Grund für einen generellen Rückführungsstopp nach Afghanistan gibt. Gleichmaßen mauert der CDU-Senat bei einer liberalen Praxis der Bleiberechtsregelung.

Nirgendwo sonst werden so viele ALG II-Empfänger zum Umzug aufgefordert wie in Hamburg. Zwischen Dezember 2005 und Dezember 2006 sind 6.700 Aufforderungen zur Senkung der Mietkosten an Hartz-IV-Empfänger verschickt worden. Jeden Monat kommen 400 Aufforderungen zum Wohnungswechsel hinzu. Weil sie keinen billigeren Wohnraum finden, bezahlen viele Menschen den nicht erstatteten Betrag aus dem Hartz-IV-Regelsatz. Wer eine zu teure Wohnung hat, wird aufgefordert, in eine billigere Unterkunft zu ziehen, was wegen des geringen Angebots an preiswertem Wohnraum kaum zu schaffen ist.

Wirtschaftssenator Gunnar Uldall



(CDU) hat weitere Verschärfungen bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Ein-Euro-Jobs angekündigt. Mit einem neuen Computerprogramm wollen Wirtschaftsbehörde und Hamburger Agentur für Arbeit dafür sorgen, „dass Zahlungen für arbeitsunwillige Kunden reduziert oder eingestellt werden“, und so die ihre „Kunden“ in Zwangsarbeitsverhältnisse pressen. Langzeitarbeitslose ab 57 Jahre sollen bis zur Rente als Pförtner in Wohnhäusern arbeiten oder als „Kümmere“ in ganzen Quartieren eingesetzt werden. Sie sollen Jobs ausüben, die „keine Arbeitsplätze wegnehmen“, und erhalten dafür 300 Euro pro Monat. In dem neusten Modellprojekt für Zwangsarbeit sind vorerst 150 Plätze vorgesehen, die jedoch auf 500 aufgestockt werden sollen. Die Gelder für dieses Projekt stammen im Übrigen nicht aus der Landeskasse, sondern aus einem Topf der Bundesagen-

tur für Arbeit. Langzeitarbeitslose werden in Hamburg im Prinzip nicht mehr gefördert, weiter gebildet oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgefangen.

Der CDU-Senat gibt als Lösung aus: keine Arbeitsförderung, keine öffentliche Beschäftigung. So wurde die Zahl der beschäftigungsbegleitenden Leistungen und Qualifizierungsmaßnahmen um 10% gesenkt und selbst die Zahl der 1-Euro-Jobs hat um 12 % abgenommen.

Der gesellschaftliche Hintergrund für diese aggressive Ausgrenzungspolitik gegenüber Beschäftigungslosen und Armen: In Hamburg ist die Zahl der Leistungsempfänger nach SGB II (Hartz IV und Sozialgeld) von März 2006 zum März 2007 von rund 196.000 BürgerInnen auf 201.000 angestiegen.

Die Ausgegrenzten und Armen dieser Stadt sind mit der CDU wahrlich NICHT in „guten Händen“.

Menschen vor Profit G 8 in Heiligendamm

(HB) Eine andere Welt ist möglich – wenn wir gemeinsam Druck machen. Vom 6.-8. Juni treffen sich in Heiligendamm die Regierungschefs der mächtigsten Industrienationen auf Einladung Angela Merkels in Heiligendamm. Die Erfahrung zeigt: Von den Treffen dieser Regierungschefs seit 1975 haben die Menschen nichts Gutes zu erwarten. Rücksichtslos treiben sie die kapitalistische Globalisierung voran. Darum protestieren 100 Tausende und kommen nach Rostock. Auch DIE LINKE ruft wie viele andere Gruppen zu vielfältigen Protesten auf: u.A. 1.6. Neubesiedlung des Bombodroms Kyritzer Heide • 1.6. Großdemonstration in Rostock • 2.6. Aktionstag Migration • 3.6. Aktionstag gegen Militarismus und Krieg, Blockade Flughafen Rostock-Laage • 6./7.6. Blockade Heili-

gendamm • 7.6. Sternmarsch auf Heiligendamm, Konzert u. a. m. H. Gröne-meyer • 8.6. Schlusskundgebung

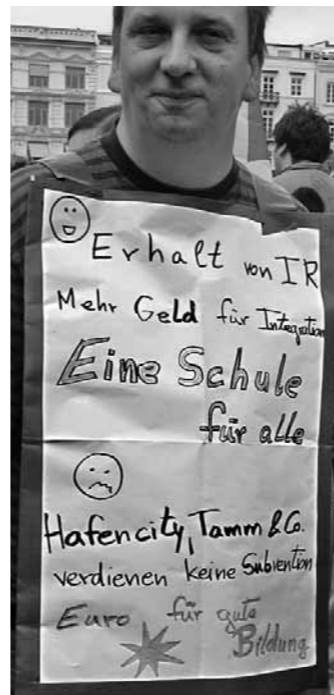
Leuchtturmprojekte Hier können Sie (mindestens) 500 Millionen Euro versenken

(MW/TS) 114 Mio. Euro gibt die Bürgerschaft – mit den Stimmen von CDU, SPD und GAL – für die Elbphilharmonie; Die U-4 in die Hafencity kostet – nach der jüngst bekannt gewordenen Preissteigerung 298 Mio. Euro, Messerweiterung, Tamm-Museum,... Die CDU geht fahrlässig mit den öffentlichen Mitteln um. Sie kürzt beim Arbeitsmarkt, der Bildung und in vielen sozialen Bereichen und hat gleichzeitig die Finanzierung ihrer Prestige-Objekte nicht im Griff. DIE LINKE fordert die Aussetzung von Großprojekten und stattdessen Investitionen in

öffentliche Bildung und Beschäftigung.

Schule für alle Eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen

(HB/MW) Die CDU will zusammen mit der SPD in Hamburg neben den Gymnasien die „Stadtteilschule“ einrichten (Zwei-Säulen-Modell genannt). Haupt-, Real- und Gesamtschulen und Aufbaugymnasien sollen darin verschmolzen werden. Nach der 4. Klasse soll ein Kompetenztest über den Besuch der Gymnasien entscheiden. Für den Rest ist dann die Stadtteilschule da. Doch die Erfahrung überall in Europa zeigt: Wenn unterschiedliche Kinder lange in ei-



ner Klasse lernen, lernen sie besser. DIE LINKE setzt sich deswegen dafür ein: Alle Schüler bleiben bis zur 10. Klasse zusammen, um besser zu lernen. Das ist dann das Kernstück eines zusammenhängenden Bildungsganges von der kostenlosen Kita bis zum Abitur mit Berufsausbildung.

Tornado Einsatz in Afghanistan DIE LINKE klagt vor dem Bundesverfassungsgericht

(AS) Die Karlsruher Richter prüfen nun, ob der Militäreinsatz am Hindukusch gegen das Grundgesetz verstößt. Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler und Hamburger Bundestagsabgeordneter der LINKE: „Die Tornado-Entsendung wird vom Verteidigungsauftrag der Bundeswehr nicht gedeckt. Zudem

trägt sie nur zur Eskalation von Terror und Krieg bei. Afghanistan braucht stattdessen Hilfe beim zivilen Wiederaufbau.“

Hamburger Appell Solidarität wirkt gegen Abschiebung von Flüchtlingsfamilien

(AS/MW) Fast 2000 Menschen und Organisationen unterschrieben den „Hamburger Appell – Gegen die Abschiebung von Familien nach Afghanistan“. Der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Prof. Dr. Norman Paech, hatte den Aufruf initiiert und weitere Politiker, Kirchen und Gewerkschaften ins Boot geholt. Der CDU-Senat gab dem Druck nach: Die Abschiebungen in die Kriegsregion werden für mindestens ein Jahr ausgesetzt. DIE LINKE bleibt dabei: Eine demokratische Gesellschaft, um die wir kämp-

fen, muss bei der Frage des Umgangs mit Flucht und Einwanderung die Menschenrechte beachten. Inhumane Abschiebepraktiken, Familientrennungen und Missachtung der Kinderrechtskonvention, für die der Hamburger Innenminister Udo Nagel verantwortlich ist, werden wir auf keinen Fall hinnehmen.



Jetzt Mitglied werden. DIE LINKE ist auf dem Weg!

Zurzeit laufen in der WASG und der Linkspartei.PDS Urabstimmungen über die Bildung der neuen Partei der Linken in der Bundesrepublik und damit auch in Hamburg.

Der Gründungsparteitag wird am 15. / und 16. Juni in Berlin stattfinden, in Hamburg gründet sich die Partei DIE LINKE in den sieben Hamburger Bezirken in der Zeit vom 18.06.-03.07.2007 auf Gründungsmitgliederversammlungen.

DIE LINKE.Hamburg wird sich auf einem Landesparteitag am 7. und 8. Juli im Bürgerhaus Wilhelmsburg gründen.

Norman Paech, bis zu seinem Austritt in 2001 SPD-Mitglied und seit 2005 parteiloser Bundestagsabgeordnete in der Fraktion DIE LINKE erklärte zu diesem Parteibildungsprozess: *„Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich eine geeinte Linke in Hamburg in die Politik einmischt. Und das ist bitter notwendig. Viele Menschen verstehen die Beschlüsse in Bürgerschaft und Senat nicht mehr. Die Angst vor Massenentlassungen bei Airbus und Telekom wird durch Privatisierungsbestrebungen noch verstärkt. In keiner Stadt gibt es eine so große Gerechtigkeitslücke wie in Hamburg. Und sie droht noch größer zu werden. Denn in den Händen der etablierten Parteien, auch der SPD, der ich mehr als zwei Jahrzehnte angehörte, ist die Sorge ums Gemeinwohl zur bloßen Symbolpolitik, zum Showbusiness verkommen.“*

Ich freue mich sehr, dass die Linke in Hamburg eine starke gemeinsame Partei bilden wird, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wieder voranzubringen. Um selbst weiter dazu beizutragen, werde ich direkt am 16. Juni der LINKEN beitreten.“

Auch Sie sind herzlich eingeladen, Mitglied in der neuen Partei zu werden.

Link:

Die Gründungsdokumente der der neuen Partei (Programatische Eckpunkte, Bundessatzung etc.) :
http://www.linkspartei-hamburg.de/doku/Bros_GD_070331.pdf

Impressum

„hier ist DIE LINKE!“ – Zeitung von WASG und Linkspartei.PDS zum 1. Mai 2007 • Mitarbeit: Horst Bethge (HB), Joachim Bischoff (JB), Manfred Goll (MG), Norbert Hackbusch (NH), Annette Sawatzki (AS), Tony Schinkowsky (TS), Björn Radtke (BR), Martin Wittmaack (MW, V.i.S.d.P.) • Layout GNN • Druck: Drucktechnik Altona • Auflage: 7000 • Redaktionsschluss: 23.4.2007 • Herausgeber WASG und Linkspartei.PDS, Kreuzweg 7, 20099 HH, Tel.: (0 40) 22 62 42 14 bzw. (040) 3 89 21 64, Email: info@linkspartei-hamburg.de bzw. vorstand@wasg-hh.de

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname _____

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der LINKEN, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Geburtsdatum _____

Beruf _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Telefonnummer _____

E-Mail-Adresse _____

Ort und Datum _____

Unterschrift _____

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ich erkläre mit meiner Unterschrift dazu mein Einverständnis:

Ort und Datum _____

Unterschrift _____

*) Wenn Sie schon jetzt eintreten wollen, dann müssen Sie aus rechtlichen Gründen entweder in die Linkspartei.PDS oder die WASG eintreten.

Bitte wenden Sie sich an die unten stehende Adresse oder rufen Sie uns unter (0 40) 3 89 21 64 bzw. (0 40) 22 62 42 14 an.

Ich möchte:

- mehr Infos über DIE LINKE in Hamburg
- in den den Verteiler der LINKEN aufgenommen werden
- zu einer Veranstaltung oder einem Gruppentreffen eingeladen werden
- Mitglied werden

Bitte einsenden DIE LINKE (LPPDS/WASG) • Kreuzweg 7 • 20099 Hamburg